

McKinsey an die Macht!

Autor(en): **Hofer, Bruno / Palankow, Vladimir**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **113 (1987)**

Heft 46

PDF erstellt am: **17.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-620726>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

McKinsey an die Macht!

oder: Adolf Ogi blaues Auge

Von Bruno Hofer

Zu verdanken haben die Damen und Herren Ratsmitglieder die Sache mit McKinsey ihrem liebenswürdigen Sportskameraden Adolf Ogi. Dabei hat er es doch so gut gemeint. Im stillen Kämmerlein formulierte er eine Motion zur «Reorganisa-

Eine schallende Ohrfeige hat McKinsey allen Bundesparlamentariern ausgeteilt. 500 Millionen Franken zu teuer führe der Bund seine Verwaltung. Weil nach Verfassung die Bundesversammlung die Oberaufsicht über die Bundesverwaltung wahrnehmen sollte, ist dieser Befund ein Misstrauensvotum ans Parlament. Es ist zu erwarten, dass das Parlament aufgelöst wird und dessen Aufgaben durch Unternehmensberatungsbüros wahrgenommen werden. Allerdings müssten dann noch die Taggelder heraufgesetzt werden ...

tion der Bundesverwaltung». Text: «Um wieder eine bürgernahe und ihren Aufgaben gewachsene Verwaltung zu erhalten, ist eine eigentliche Entbürokratisierung notwendig, mit anderen Worten, die Bundesverwaltung muss im Sinne eines modernen Dienstleistungsbetriebes neu strukturiert werden. Der Bundesrat wird deshalb aufgefordert, bei einer oder mehreren spezialisierten Firmen für Unternehmensberatung eine gründliche Analyse der gesamten Verwaltung in Auftrag zu geben.»

Sage und schreibe 77 Ratsmitglieder unterzeichneten Ogi Vorstoss, am 11. März 1985 überwies ihn der Nationalrat und später auch der Ständerat.

Verheerend gründlich

Die Zürcher Unternehmensberatungsfirma McKinsey erhielt den Zuschlag und legte einen ersten Bericht vor. Die Untersuchungen gerieten mehr als gründlich, sie sind geradezu verheerend. 500 Millionen Franken – so konstatiert McKinsey – würden da zum Fenster hinausgeschmissen, zahlreiche Bundestätigkeiten könnten genauso gut privatisiert werden, ganze Bundesämter und Regiebetriebe sind beim Bund am falschen Ort. Und das ist noch lange nicht alles. Es liege noch mehr drin, meint McKinsey: 40 Teilprogramme «die ihrerseits in 10 Programmen zusammengefasst werden» harren noch der Erledigung, und die Rechnung für das erste Berichtlein macht, bitte schön: 800 000 Schweizer Franken.

Donnerwetter! Kernstück der Kritik bildet obendrein ausgerechnet das Bundesamt für Organisation, das, weil desorganisiert, jetzt völlig umorganisiert werden muss. Dieser Befund ist für das Parlament um so schmerzlicher, weil genau dieses Amt in den

50er Jahren im Parlament als Gegenvorschlag auf eine bürgerliche Volksinitiative mit Otto Fischer im Komitee geschaffen wurde und mittlerweile dreissig Jahre Zeit gehabt hätte, die Aufgabe wahrzunehmen, die nun McKinsey durchgeführt hat. Dieses Bundesamt für Organisation hat nach Gesetz nämlich die Pflicht, ständig die Organisation der Bundesverwaltung unter dem Aspekt der Sparsamkeit zu prüfen und gegebenenfalls sogar die «Aufhebung bestehender Amts- und Dienststellen anzuregen oder zu begutachten». Peinlich.

Hut genommen

Einmal eingeführt, hat sich das Parlament offensichtlich nicht mehr um sein Kind gekümmert, hat es unbeaufsichtigt gelassen, was jetzt zum völligen Eklat führte. Der Chef dieses Amtes hat denn auch bereits seinen Hut genommen und sich selber umorganisiert. Er wird «Business Consultant» bei einer Computerfirma in Zürich.

Der Befund weckt noch andere Fragestellungen: Wo war die Geschäftsprüfungskommission all die Jahre? Nach Geschäftsverkehrsgesetz Artikel 47ter ist sie doch verantwortlich für die «Prüfung und Überwachung der Geschäftsführung der eidgenössischen Verwaltung». Oder: Wo war die Finanzdelegation? Ihr obliegt die «nähere Prüfung und Überwachung des gesamten Finanzhaushaltes». Oder: Wo war die Finanzkontrolle? Diese sogar über ein eigenes Gesetz verfügende, selbständige und unabhängige Fachinstanz der Finanzaufsicht hat anscheinend auch völlig versagt. Und wo war die Bautengruppe des Nationalrates,

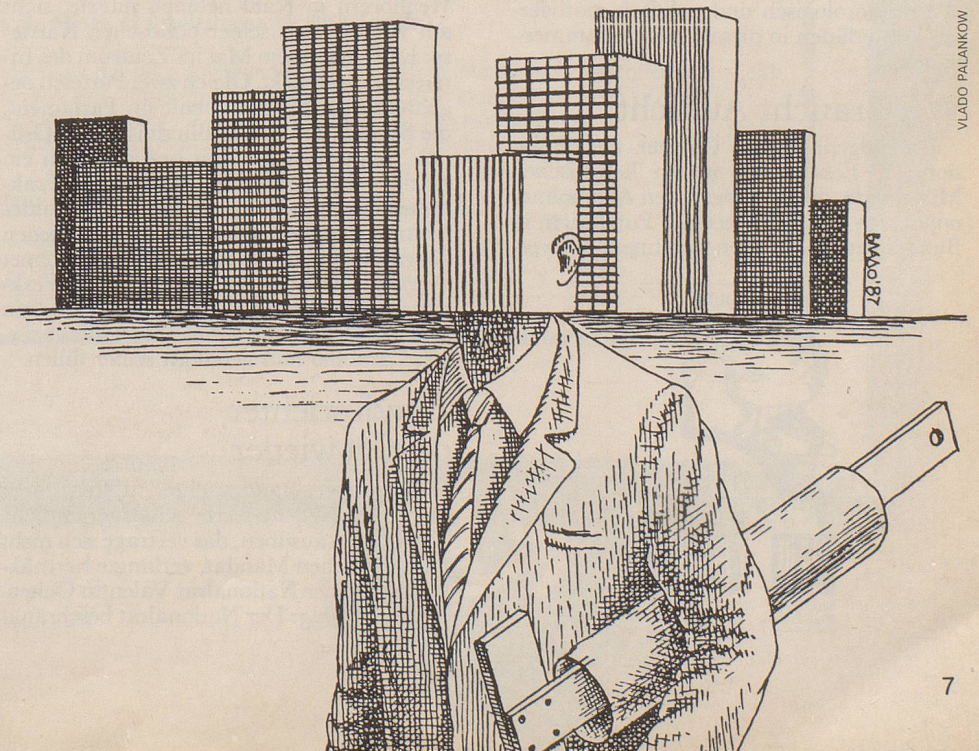
diese auf Veranlassung des früheren FDP-Nationalrates Karl Flubacher ins Leben gerufene Gruppe zur Überprüfung von Bauvorhaben des Bundes? Erste Antwort: An der Zahl der Kommissionen kann es nicht liegen, dass offenbar trotzdem ein so tolles Einsparungspotential besteht. Kommissionen gibt es mehr als genug, soviel, dass oft Koordinationssitzungen nötig sind, um zu entscheiden, wer jetzt gerade was untersuchen soll.

Lawine losgetreten

An den Berichten kann es auch nicht liegen, die von den Prüfungskommissionen vorgelegt werden. Jedes Jahr etwa 60 Seiten, publiziert im Frühling, wenn es grünt.

Was ist daraus zu folgern? Erste Möglichkeit: Hat McKinsey recht, dann können alle Parlamentarier nach Hause gehen und ihre Sitze im Parlament den Herren Hayek, McKinsey und anderen Rationalisierern überlassen. Nur die Taggelder müssten natürlich heraufgesetzt werden. Zweite Möglichkeit: McKinsey ist ein Scharlatan, hat nicht recht, dann war es falsch, ihn zu beauftragen. In diesem Fall dürfte Ogi wohl seinen Fuss verwünschen, mit dem er diese Lawine losgetreten hatte.

Offenbar ist der Bundesrat der Auffassung, der Zürcher Unternehmensberater habe eine ganz tolle Arbeit geleistet und McKinsey habe recht. Zur Belohnung erteilte er ihm nämlich erneut einen millionenschweren Auftrag, der ihm 30 Monate Beschäftigung bringt. McKinsey ist's zu gönnen. McKinsey an die Macht! Die Frage ist nur: Was tun wir mit den arbeitslosen Bundesparlamentariern?



VLADO PALANKOW